

[Pressemitteilung Nr. 72 - 13.06.2012 - SM - Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales](#)

Frauenpolitische Maßnahmen sollen künftig noch deutlicher mit Mitteln der Europäischen Union flankiert werden als bislang. Gleichstellungsministerin Manuela Schwesig kündigte am Mittwoch in Stralsund an, bei der Ausarbeitung der Richtlinien für die nächste Förderperiode des Europäischen Sozialfonds (ESF) frauen- und familienpolitische Schwerpunkte zu setzen.

"Wichtig sind mir dabei vor allem fünf Punkte: Ein Schul- und Berufsabschluss für jeden jungen Menschen, Qualifizierung von Fachkräften, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Gesundheitsförderung und die Integration von Langzeitarbeitslosen", sagte Schwesig auf der Delegiertenkonferenz des Landesfrauenrates.

"Es reicht nicht, wenn Frauen theoretisch alles werden dürfen; sie müssen es praktisch werden können", sagte die Ministerin. Sie rief Frauen dazu auf, sich stärker für aussichtsreiche und lukrative Berufe zu interessieren. Eine gute Ausbildung und ein entsprechender Beruf seien die besten Mittel gegen drohende Altersarmut. Für eine tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen im Berufsleben sei aber auch ein Umdenken in der Personalpolitik von Unternehmen notwendig.

Bei der Erarbeitung des Operationellen Programms für den ESF werde der Landesfrauenrat intensiv miteinbezogen, so die Ministerin. Sie verwies in diesem Zusammenhang auf die gute und konstruktive Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium und dem Landesfrauenrat.